

Pressemitteilung

Luxemburg, den 26. November

Eine Premiere für die Großregion im Europaparlament!

Auf Einladung der Gewerkschaften der Großregion, haben sich am 20. November achtzehn von siebenzig Europaabgeordnete der verschiedensten politischen Richtungen (Christdemokraten, Sozialisten, Grüne und Liberale) aus der Region Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonien-Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens in Straßburg für einen Meinungsaustausch versammelt. Die Gesprächsthemen waren die Finanzierung des Kooperationsnetzwerkes EURES (European Employment Services), sowie die bevorstehende zweite Lesung der geänderten Arbeitszeitrichtlinie. Die Gewerkschaftliche Plattform der Großregion zählt zehn Mitgliedsgewerkschaften und vertritt die Interessen von 500.000 Arbeitnehmern.

Folgende Problematiken wurden den Europaabgeordneten der Grossregion vorgetragen:

Erstens hat der EU-Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" am 9. Juni 2008 eine politische Einigung zur Änderung der Arbeitszeitrichtlinie getroffen. Unter den vorgeschlagenen Bestimmungen befinden sich drei Punkte, die dem Sozialen Europa schaden können : die individuelle « Opt-out »-Klausel welche es ermöglicht mehr als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten wird nicht abgeschafft sondern verallgemeinert ; der Bereitschaftsdienst wird weder als Arbeitszeit noch als Ruhezeit definiert ; die Referenzperiode für die Berechnung der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Woche wird erhöht.

Zweitens ist die Großregion mit 190.000 Grenzpendlern die mobilste Region in Europa. So steigen z.B. die Bedürfnisse an Beratung zu den unterschiedlichen Gesetzgebungen in Punkto Arbeitslosigkeit und Sozialversicherung. Doch die Finanzmittel die den gewerkschaftlichen Beratern der EURES-T Netzwerke der Großregion (Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz und Pôle européen de développement) von der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden entsprechen lediglich 30 Cents pro Grenzgänger! Die Gewerkschaften wollen sich diesen Umstand nicht gefallen lassen und haben daher eine Erklärung mit dem Titel « EURES-T, ein wichtiges Instrument für den länderübergreifenden sozialen Dialog » an die Europaabgeordneten der Großregion gerichtet.

Die Europaabgeordneten teilen weitestgehend den Standpunkt der Gewerkschaften:

Jo Leinen (Sozialdemokratische Fraktion, Saarland) unterstreicht, dass die Gewerkschaften Recht haben indem sie behaupten, die Europäische Union sendet widersprüchliche Botschaften : auf der einen Seite fordert die Europäische Kommission eine Zunahme der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, auf der anderen Seite sind die für das EURES-Netzwerk zur Verfügung gestellten Finanzmittel unzureichend. Robert Goebbels (Sozialdemokratische Fraktion, Luxemburg)

bedauert in diesem Zusammenhang, dass der EU-Haushalt nicht ein Mal 1 % des Bruttoinlandproduktes der Europäischen Union entspricht.

Laut Kurt Lechner (Fraktion der Christdemokraten, Rheinland-Pfalz) stellt die Änderung der Arbeitszeitrichtlinie momentan im Europaparlament das wichtigste Thema auf der Tagesordnung dar. Leider ist sich die Öffentlichkeit nicht darüber im Klaren, dass die geänderte Richtlinie nach ihrer endgültigen Annahme in allen EU-Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden muss. Sollte der Vorschlag des BSGV-Rates zurückbehalten werden, werden alle europäischen Arbeitnehmer mittelfristig direkt von den verhängnisvollen Bestimmungen des politischen Kompromisses vom 9. Juni betroffen sein. Die Europaabgeordneten der Großregion teilen also allgemein die Analyse der Gewerkschaften.

Zum Abschluss sei erwähnt, dass die anwesenden Europaabgeordneten die bisher unversuchte Initiative der Gewerkschaften die europäischen Vertreter ihrer Region zu versammeln. In diesem Zusammenhang haben sie ebenfalls unterstrichen, dass sich auch nach dem 20. November weiterhin daran interessiert wären regelmässig solche Treffen zu veranstalten. Auf diese Art und Weise könnten die Gewerkschaften und die Europaabgeordneten laut Claude Turmes (Fraktion der Grünen, Luxemburg) sich gegenseitig dabei unterstützen das Soziale Europa voranzutreiben.

Mitgeteilt durch das Gemeinsame Europasekretariat der CGT-L (OGBL/FNCTTFEL) und des LCGB (<http://www.secec.lu>)